Abendausgabe

Nr. 156 ♦ 40. Jahrgang
Ausgabe B Nr. 78

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292—295
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Preis 100 Mark

Mittwoch
4. April 1923

Verlag und Anzeigenabteilung: Geschäftszeit 9—5 Uhr

Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH.
Berlin SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 2506-2507

Die Stimme der französischen Arbeiter.

Französischer Gewerkschaftsbund und Essener Arbeitermord.

Paris, 4. April. (EP.) Die CGT. veröffentlicht in ihrem Gewerkschaftsorgan folgenden Aufruf: „Angesichts der schmerzlichen Zwischenfälle, die sich innerhalb der Kruppschen Werke abgespielt haben, betrachtet der Allgemeine Gewerkschaftsbund es als seine Pflicht, die Politik der militärischen Besatzung des Ruhrbeckens wieder einmal zu brandmarken. Diese Gewaltpolitik kann nur die Aufreizung der deutschen Nationalisten begünstigen. Ereignisse wie diejenigen, die sich soeben abgespielt haben, vernichten jede gesunde Reparationspolitik und erschüttern den auf sehr schwachen Füßen ruhenden Frieden. Der Allgemeine Gewerkschaftsbund protestiert gegen die Erschießungen von Essen und ruft das Gewissen aller Arbeiter an, damit so schnell wie möglich mit diesem Abenteuer aufgehört werde, das sowohl für die Regierung wie auch für den Weltfrieden schädlich ist. Das einzige Mittel, die Wiederkehr solcher Zwischenfälle zu verhindern, ist die Anrufung der Intervention des Völkerbundes. Diese Lösung, die schon einmal von dem Allgemeinen Gewerkschaftsbund gefordert wurde, drängt sich heute mehr denn je durch die Lage, die durch die tragischen Ereignisse in Essen geschaffen wurde, auf."

Deutsche Protestnote an Poincaré.

Der deutsche Geschäftsträger in Paris ist beauftragt worden, der französischen Regierung wegen des Vorfalles in Essen eine Note zu überreichen, die zunächst sagt:

Die Besonnenheit und Geduld, mit der die Bevölkerung des Ruhrgebietes lange Wochen hindurch alle Arten von Gewaltakten der Einbruchstruppen ertragen hat, haben es nicht verhindert, daß französische Soldaten an dieser Bevölkerung jetzt ein Verbrechen verübt haben, das alle bisherigen Untaten in den Schatten stellt. Am 31. März hat ein in die Kruppschen Werke in Essen eingedrungenes französisches Kommando, ohne angegriffen oder auch nur bedroht zu sein, in eine Menge friedlich demonstrierender Arbeiter hineingeschossen und ein entsetzliches Blutbad angerichtet. 13 Arbeiter sind getötet, mehr als 30 sind verwundet worden. Die Verwundungen sind zum Teil so schwer, daß weitere Todesfälle zu befürchten sind.

Es folgen nun die bereits bekannten Feststellungen der deutschen Behörden über die Vorgänge in den Krupp-Werken und dann fährt die Note fort:

Vergeblich wird

von französischer Seite versucht, diesen Tatbestand zu fälschen

und so über das schwere Verschulden der Besatzungstruppen einen Schleier zu werfen. Sofort nach dem Vorfall hat die Havas-Agentur Meldungen zu verbreiten gewußt, wonach die Arbeiter das französische Kommando mit Revolvern bedroht, mit Steinen beworfen und mit heißen Dämpfen angegriffen hätten. Die Agentur fügt hinzu, das ganze Unglück sei von entlassenen Beamten der Schutzpolizei provoziert worden, die man zu diesem Zwecke in die Betriebe eingestellt habe. Die vernommenen

Augenzeugen bekunden übereinstimmend, daß keiner der Arbeiter einen Revolver hatte,

und daß sich die Menge trotz ihrer begreiflichen Erregung zu keiner Tätlichkeit oder Drohung hat hinreißen lassen. Die Havas-Agentur selbst muß zugeben, daß die Soldaten nicht die geringste Verletzung erlitten haben. Ihrer Mitteilung über einen angeblichen Angriff mit heißen Dämpfen liegt nichts anderes zugrunde als die Tatsache, daß hinter der besetzten Halle eine Schmalspurlokomotive stand, deren Abdämpfe in das Fenster der Halle eindrangen. Die Unterstellung, der Vorfall sei auf Veranlassung der Werkleitung von früheren Beamten der Schutzpolizei provoziert worden, ist zu plump, als daß sie einer Widerlegung bedürfte.

An dem

Versuch, die Schuld an dem Vorfall dem Direktorium der Werke zuzuschieben,

will sich anscheinend auch der französische Befehlshaber in Essen beteiligen. Er hat am Tage nach dem Vorfall drei Mitglieder des Direktoriums und einen Abteilungsleiter verhaften und in das Zuchthaus von Werden abführen lassen. Dieses neue Unrecht, das schuldlose Männer der Freiheit und zugleich das größte Unternehmen des Ruhrgebiets der Führung beraubt, kann den wahren Sachverhalt nicht verdunkeln.

In Wahrheit ist von deutscher Seite nichts anderes geschehen, als daß die Arbeiterschaft auch in diesem Falle gegenüber einem rechtswidrigen Eingriff in seine Produktionsstätten den Entschluß bekundet hat, nicht unter französischen Bajonetten zu arbeiten. Dieser Entschluß ist ebenso wie die ruhige Art, in der er bekundet wurde, den französischen Truppen aus ihren früheren Erfahrungen im Ruhrgebiet genau bekannt, so daß er ihnen

nicht den geringsten Anlaß zu ihrem mörderischen Vorgehen

bieten konnte. Die Verantwortung für die unheilvolle Tat fällt aber nicht allein auf die französischen Truppen, sondern auch auf die französische Regierung selbst. In zahlreichen deutschen Protesten ist ihr das gewalttätige Vorgehen der Truppen im Ruhrgebiete immer wieder vor Augen geführt worden. Die Proteste sind unbeantwortet geblieben, und es ist nichts davon bekannt worden, daß sie zu einem Einschreiten gegen die Schuldigen Anlaß gegeben hätten. So ist es nur zu erklärlich, daß die

Vergewaltigung der Bevölkerung von Woche zu Woche gröbere Formen

angenommen hat, und daß die französischen Soldaten es nun auch fertig bringen, durch skrupellose Beschießung einer wehrlosen und friedlichen Menge zahlreiche Menschenleben zu vernichten.

Die deutsche Regierung erhebt feierlichen Protest gegen die frivole Bluttat. Sie fordert für die Opfer und ihre Angehörigen volle Genugtuung und verlangt, daß die zur Bemäntelung der französischen Schuld verhafteten Personen sofort in Freiheit gesetzt werden.

Die Note ist zugleich auch den übrigen Hauptmächten des Versailler Vertrages zur Kenntnis gebracht worden.

Die verhafteten Kruppdirektoren sollen noch in dieser Woche wegen des Streikaufrufs kriegsgerichtlich abgeurteilt werden.

Paris, 4. April. (Eca.) „L'Oeuvre" zieht in seinem heutigen Leitartikel die Bilanz aus 15 Monaten einer Politik, die Deutschland zum Zahlen bringen sollte. „L'Oeuvre" kommt zu dem Schluß, daß der ganze Sieg in Frage gestellt sei, da bei der Politik, die sich zu dem Ruhrabenteuer entschlossen habe, nicht die Möglichkeit bestände, rückgängig zu machen, was geschehen sei. Frankreich könne sich von der Ruhr nicht zurückziehen, ohne dadurch der Militärpartei in Deutschland zum endgültigen Triumph zu verhelfen. Das Vorgehen im Ruhrgebiet sei für Frankreich ruinös, trotzdem könne es nicht mehr darauf verzichten, es müsse durchhalten, koste es, was es wolle.

Die vorstehenden Ausführungen des linksdemokratischen Blattes sind ungemein charakteristisch für die Stimmung selbst jener französischer Kreise, die die Unsinnigkeit und Zwecklosigkeit der Ruhraktion Poincarés einsehen und auf die öffentliche Meinung ihres Landes im Sinne einer Verständigung mit Deutschland einzuwirken suchen. Dieser Verständigungswille wird jedoch illusorisch gemacht, wenn dieselben Kreise gleichzeitig die Parole des „Durchhaltens bis zum Ende" ausgeben. Es mutet wie eine Aufforderung zum Selbstmorde an, wenn „L'Oeuvre" schreibt, die Ruhraktion sei zwar für Frankreich ruinös, sie müsse aber dennoch, koste es was es wolle, durchgeführt werden. Das Hauptargument, das hierbei angeführt wird: daß durch einen Rückzug Frankreichs der Militärpartei in Deutschland zum Siege verholfen werden würde, geht vollkommen an den Tatsachen vorbei. Das Gegenteil ist richtig. Verharrt Frankreich bei seiner selbstmörderischen Politik, so werden Militarismus und Nationalismus nicht nur in Frankreich, sondern auch in Deutschland gestärkt. Welche Folgen das für die deutsch-französischen Beziehungen und die Zukunft Europas haben muß, kann sich jeder einsichtige Franzose selber ausmalen.

Um aus der jetzigen verfahrenen Situation herauszukommen, genügt es deshalb nicht, wie die linksdemokratische französische Presse es tut, bloß die ruinösen Folgen der Ruhrbesetzung zu schildern. Soll Frankreich und mit ihm ganz Europa aus der jetzigen Sackgasse herauskommen, so muß die französische Demokratie den Mut aufbringen, den Weg der aktiven Verständigungspolitik zu beschreiten, den die französische sozialistische Partei, im Einverständnis mit der deutschen Sozialdemokratie und den Sozialisten aller anderen Länder, vorgezeichnet hat.

L. Martow

Soeben erreicht uns die erschütternde Nachricht, daß der Genosse Martow, der seit einigen Monaten in einem Sanatorium im Schwarzwald Heilung von einem schweren Kehlkopfleiden suchte, in dieser Nacht plötzlich verschieden ist. Die Hoffnungen, die seine Angehörigen und Freunde auf seine Wiederherstellung gesetzt hatten, bewahrheiteten sich leider nicht. Kaum 50jährig, ist Genosse Martow aus seinem rastlosen Wirken herausgerissen und vom Tode fortgerafft worden.

Der Tod Martows bedeutet nicht nur einen unersetzlichen Verlust für die russische Sozialdemokratie, deren anerkannter Führer er war, er bedeutet auch einen schweren Schlag für die gesamte sozialistische Internationale, zu dessen bedeutendsten Theoretikern Genosse Martow gehörte. Seit seiner frühesten Jugend, schon zu Anfang der neunziger Jahre, stand Martow, der einer alten jüdischen Gelehrtenfamilie entstammte, in den Reihen der sozialistischen revolutionären Bewegung Rußlands. Er gehörte gemeinsam mit Lenin, Dan und anderen jener Generation russischer Sozialdemokraten an, die Mitte der neunziger Jahre an die Spitze der erwachenden Arbeiterbewegung in Rußland trat und gemeinsam mit der bereits früher im Auslande entstandenen „Gruppe der Befreiung der Arbeit" (P. Axelrod, Plechanow, Wera Sassulitsch und Leo Deutsch) die Sozialdemokratische Arbeiterpartei Rußlands ins Leben rief. Vom ersten Tage der Entstehung dieser Partei an stand Martow als Schriftsteller, Theoretiker und Agitator an der Spitze der Partei. Er war ständiges Mitglied der Redaktion des Zentralorgans und viele Jahre hindurch Mitglied des Zentralkomitees der Partei. Im Exil wie im Inlande, legal und illegal, war Martow drei Jahrzehnte hindurch unermüdlich für die Bewegung tätig. Er scheute keine Arbeit und keine Mühe, er ertrug die härtesten Entbehrungen, er wanderte, wie die meisten russischen Sozialdemokraten, durch Gefängnisse und Verbannungsorte, doch niemals erlahmte weder seine Schaffenskraft, noch der tiefschürfende Geist, mit dem er die Partei und die Bewegung Jahrzehnte hindurch beseelte.

Es ist nicht möglich, in einigen wenigen Zeilen den reichen Inhalt dieses arbeitsvollen Lebens zu charakterisieren. Es genüge vorläufig die Feststellung, daß es keine Gestalt in der russischen sozialistischen Bewegung gibt, die von Freund und Feind so hoch geschätzt wurde wie der Genosse Martow. Als Führer der „menschewistischen" Fraktion vor der Spaltung und als anerkanntes geistiges Haupt der russischen Sozialdemokratie nach der Konstituierung des Bolschewismus zu einer selbständigen Partei, war Genosse Martow von einer wahrhaft rührenden Liebe seiner Freunde und Anhänger umgeben. Und selbst seine Gegner, die namentlich in den letzten Jahren in der schärfsten Weise gegen ihn kämpften, vermochten ihm nicht jene Hochachtung zu versagen, die ihm als Menschen wie als Politiker gebührte.

Der Herr über Oesterreich.

G. P. Wien, Anfang April.

Seit einem Vierteljahr beehrt der Generalkommissar des Völkerbundes Oesterreich mit seiner Anwesenheit, und wir haben nun genügend Zeit und Gelegenheit gehabt, den Kurator, den der um unser Wohl so besorgte Völkerbund über uns gesetzt hat, gründlich kennen zu lernen. Herrn Zimmermann, dem ehemaligen Bürgermeister von Rotterdam, den der Völkerbund mit der Aufgabe betraut hat, uns beim Wiederaufbau zu helfen oder, richtiger gesagt, uns die Macht der Entente fühlen zu lassen, ging der Ruf voraus, ein Hasser der Sozialdemokratie zu sein, und es ist nicht ausgeschlossen, daß bei der Auswahl dieses Kurators dem Wunsche des Bundeskanzlers entsprochen wurde, der einen strengen Herrn wünschte, um leichter mit den Proleten fertig zu werden. Immerhin konnte man annehmen, daß der neue Herr über Oesterreich, wenn er auch der bürgerlichen Regierung in ihrem Kampfe gegen die Arbeiter zur Verfügung stehen werde, doch wenigstens die Formen der Demokratie beobachten werde. In seinen ersten Aeußerungen hat er auch wirklich irgend etwas von Zusammenarbeit mit allen Schichten der Gesellschaft gesagt, und man deutete das damals dahin, daß er auf die Mitwirkung, wenn auch nicht der Sozialdemokraten, so doch der Gewerkschaften Wert lege. Aber bald kamen dem Herrn die Gelüste, sein Amt etwa in der Art eines englischen Vizekönigs in Indien oder eines französischen Generals in Marokko aufzufassen, der nicht nur mit den „Eingeborenen" nicht viel Geschichten macht, sondern auch mit den heimischen Häuptlingen nur in der Form des Kommandierens verkehrt.

Aus zwei Berichten, die er bisher an den Völkerbund erstattete, hat man über die Art, wie er sein Amt auffaßt, einiges Interessante erfahren. Da kanzelt er die Regierung ab wie seine Untergebenen. Er erklärt es als ihre Aufgabe, sich nicht von politischen Erwägungen leiten zu lassen und wirft die Frage auf, „ob das gewünschte Ziel erreicht werden könne, wenn die Regierung selbst durch ihre Zusammensetzung und Mentalität nicht die notwendigen Garantien gibt". Was er unter dieser „Mentalität" meint, darüber läßt er keinen Zweifel. Die bürgerliche Regierung, deren Kanzler aus seinem Haß gegen die Arbeiter kein Hehl macht, erscheint ihm noch viel zu nachgiebig gegen die Arbeiter und Beamten. Nachdem er in dem ersten Bericht verlangt hatte, daß die Regierung auch davor nicht zurückschrecke, „Interessen und Wünschen mehr oder minder wichtiger Bevölkerungsgruppen zuwiderzuhandeln", beschwert er sich in dem späteren Berichte darüber, daß die Minister, ohne sich vorher mit ihm zu besprechen, „in Besprechungen mit Parteiführern und mit Gewerkschaften der Bundesangestellten" irgendwelches Entgegenkommen beweisen, und verlangt, daß endgültig mit dem System gebrochen werde, „die eine Klasse der Gesellschaft zum Schaden der anderen zu begünstigen."

Der Herr Generalkommissar des Völkerbundes spricht schon ganz in der Phraseologie der Scharfmacher, die sich ja auch immer über die Begünstigung der Arbeiter und Angestellten beschweren. Daß er diese Phraseologie so schnell erlernt hat, hat seinen Grund darin, daß er ausschließlich mit den reichsten Kapitalisten verkehrt. Die österreichische Regierung muß ihm ja vier Milliarden Kronen jährlich zahlen, damit er es sich nicht nur im Kreise seiner Klassengenossen gut gehen lasse — sondern daß die Feinde der neuen Ordnung ihn auch den ganzen Tag mit ihren Beschwerden und Wünschen überlaufen. Bald sind es irgendwelche Industrielle, bald Hausherren, bald Monarchisten, die als Abordnungen ihm die „Wünsche des österreichischen Volkes" vortragen, bald unzufriedene Sektionschefs (Ministerialdirektoren. Red.), die ihm Memoranden darüber zuschicken, wie nach ihrer Ansicht der Staat eingerichtet werden soll. Alle jammern und schimpfen sie über den Uebermut der Arbeiter und Angestellten, und der Generalkommissar des Völkerbundes fühlt sich als ihr Klassengenosse und gibt die Wünsche als Befehle an die ohnedies willige Regierung weiter.

Ist es nicht bezeichnend, daß dieser Vertreter des Völkerbundes noch nicht ein einziges Mal eine höhere Besteuerung der Kapitalisten verlangt hat, während er die Regierung unaufhörlich zu Konflikten mit den Arbeitern und Angestellten hetzt? Allerdings sind die Befehle des Herrn Zimmermann nicht immer sehr leicht durchzuführen. Das mußte der gute Mann sehr bald merken. Das Prunkstück seines Programms ist der Abbau der überzähligen Beamten. Es ist kein Zweifel, daß Oesterreich zu viel Beamte hat. Da man aber die überzähligen Beamten nicht einfach umbringen kann, muß man über ihren Abbau mit ihren Organisationen verhandeln und ihnen überdies Abfertigungen zahlen. Beides paßt den Kapitalisten nicht, und der Generalkommissar ist sofort dabei, die Regierung zur Unnachgiebigkeit zu hetzen; aber so oft die Regierung seinem Befehl folgte und sich über die Organisationen der Staatsangestellten hinwegsetzte, mußte sie bald erkennen, daß sie damit nur den Staat in die größte Unordnung stürzte. So hat sie erst kürzlich gerade während der Wiener Messe einen Kampf der Post- und Telegraphenangestellten heraufbeschworen, als sie, ohne die Organisationen zu fragen, eine Regelung der Fahrtbegünstigungen der Staatsangestellten diktieren wollte, und sie mußte zum Schluß feierlich das Mitbestimmungsrecht der Personalvertretungen anerkennen. Nicht besser erging es ihr, als sie auf Befehl des Generalkommissars mit Uebergehung des von den Sozialdemokraten erzwungenen „Außerordentlichen Kabinettsrates" — eines Ausschusses des Parla-

ments, der bei allen Verordnungen mitzuwirken hat, die auf Grund des Wiederaufbaugesetzes erlassen werden sollen — die Zölle und Gebühren erhöhte. Der Verfassungsgerichtshof erklärte die beiden Verordnungen als ungesetzlich und hob sie auf.

Jetzt geht der Kampf des Generalkommissars gegen die demokratische Wehrmacht, die Oesterreich besitzt. Da er aber nicht offen seine Absicht aussprechen kann, versucht er sie auf einem Umweg durchzusetzen. Er verlangte also, daß die Zahl der Ministerien von elf auf acht herabgesetzt werde, und daß u. a. das Heeresministerium mit dem Ministerium des Innern vereinigt werde. Dadurch sollte das Heer zu einer bloßen Polizei verwandelt und womöglich auch der demokratischen Einrichtungen beraubt werden. Aber der Plan war so plump, daß, als die Sozialdemokraten mit dem heftigsten Kampf dagegen einsetzten, auch die bürgerlichen Kreise ernüchtert wurden und erkannten, welche Gefahr ein Abbau des Heeres angesichts der noch immer drohenden ungarischen Gefahr für Oesterreich bedeuten würde. So wurde diese Aktion zunächst vertagt. Der Herr Kurator wird übrigens wohl noch öfter Gelegenheit haben, sich zu überzeugen, daß das Proletariat in Oesterreich stark genug ist, um die Anschläge des Kapitals, möge es sich auch hinter den Vertreter des Völkerbundes verstecken, abzuwehren.

Zimmermann in Prag.

Generalkommissar Zimmermann besuchte den Außenminister Benesch und den Präsidenten Masaryk in Prag und will auch noch nach Bern und Rom gehen, um diese drei Länder für die tätige Mithilfe an der Sanierung Oesterreichs zu gewinnen.

Die Feigheit des Bürgertums.

Stresemanns Selbstkritik.

Bei einer Bismarcks-Geburtstagsfeier der Deutschen Volkspartei in Jena hielt der Führer der Deutschen Volkspartei, Herr Dr. Stresemann, eine Rede, in der er nach dem Bericht der „Zeit" folgendes sagte:

„Hätte der Enkel des großen Kaisers es ebenso verstanden, große Männer anstatt Byzantinismus um sich zu dulden, wäre manches anders gekommen, was nachher als Ergebnis der von ihm entfachten Zeit des Materialismus, der wirtschaftlichen Hochkonjunktur und der hierdurch bedingten seelischen Not des Volkes zwangsläufig herauswachsen mußte. Bismarck hatte angesichts dieser Erscheinungen immer gemahnt und gefordert, daß das Volk sich mehr mit den politischen Fragen beschäftigen müsse, aber keiner hatte die Stimme des Warners in sich aufgenommen noch nach ihr gehandelt. So mußte der 9. November 1918 kommen, nicht weil das Werk Bismarcks schlecht oder morsch geworden wäre, nein, weil das Bürgertum zu feige gewesen war für die politische Tat, die es damals und früher schon hätte tun müssen. Darum gilt es heute, den Worten Bismarcks zu folgen und sich einzustellen auf die politischen Notwendigkeiten."

Herr Dr. Stresemann berührte damit ein dunkles Kapitel aus der Geschichte seiner eigenen, der vormals Nationalliberalen Partei. In den Kreisen dieser Partei wußte man sehr genau, was Deutschland an Wilhelm II. besaß, aber der Mut, dies auch offen auszusprechen, fehlte vollständig. So kam eines Tages Bebel ganz aufgeregt im Reichstag zu einem kleinen Kreis von Fraktionsfreunden, um ihnen zu berichten: „Bassermann sprach eben mit mir; er sagt, oben ginge alles drüber und drunter und ER sei wieder einmal ganz aus dem Häuschen." Bei einer anderen Gelegenheit meinte ein anderer nationalliberaler Führer im Gespräch, die Sozialdemokraten müßten noch schärfer gegen den Kaiser vorgehen, und er gebrauchte dabei über die geistigen und sittlichen Qualitäten dieses Mannes Ausdrücke, die so ziemlich das Aeußerste der Verurteilung darstellen.

Wenn aber öffentlich die Rede auf den Kaiser kam, waren die Nationalliberalen und die übrigen bürgerlichen Parteien ganz Untertänigkeit. Darum vermochte auch der sogenannte „Novembersturm" von 1908 das persönliche Regiment nicht zu erschüttern. Als Scheidemann im Jahre 1912 mit Hilfe der Nationalliberalen zum Vizepräsidenten des Reichstags gewählt worden war, entfesselten die Konservativen einen Entrüstungssturm gegen die Nationalliberalen, weil diese einem „Hohenzollernbeleidiger" ihre Stimmen gegeben hatten, und richtig fielen die Nationalliberalen um und wählten sechs Wochen später Scheidemann aus dem Präsidium wieder hinaus.

So recht also Herr Dr. Stresemann hat, wenn er die Feigheit des Bürgertums für den Zusammenbruch verantwortlich macht, so wenig trägt er durch die unkritische Verherrlichung Bismarcks der geschichtlichen Wahrheit Rechnung. Denn so hoch auch Bismarck seine politischen Nachfahren überragte, so war doch gerade er ein Träger des starren Autoritätsprinzips, und unter seinem Regiment sind alle Regungen bürgerlich-politischer Selbständigkeit systematisch ausgerottet worden. Das Bürgertum, das vor Wilhelm II. kuschte, war in Bismarcks Schule erzogen; es hatte sich in ihr freilich so willfährig gezeigt, daß die Schuld mehr den Schüler als den Lehrer trifft. Die Ursachen für den Untergang des Kaiserreichs liegen schon in den Umständen seiner Begründung, und auf jedem Blatt seiner Geschichte steht groß vorangeschrieben: Versagen des deutschen Bürgertums.

Deutschnationale Geldverschwendung.

Unzählige aber überflüssige „Kleine Anfragen".

Als noch im alten Reichstag das System der „Kleinen Anfragen" eingeführt werden sollte, haben sich die Konservativen, die Vorläufer der heutigen „Deutschnationalen", gegen diese Einrichtung sehr heftig gewehrt, wie sie überhaupt jedem parlamentarischen Fortschritt abhold waren. Jetzt aber, da die Republik den verabscheuten Parlamentarismus gebracht, übertreffen die Deutschnationalen alle anderen Parteien in der Zahl der von ihnen eingebrachten „Kleinen Anfragen", die jede eine nicht unerhebliche Kostenrechnung verursacht. Der preußische Minister des Innern hat ihre Querulantenfragerei jetzt einmal energisch zurückgewiesen.

In einer dieser deutschnationalen Fragen war behauptet worden, daß der Oberpräsidialrat Dr. Herbst in Königsberg eine Dienstreise nach Elbing auf einem Kraftwagen dazu benutzt habe, für die Demokratische Partei Spenden zu sammeln, daß er ferner einen ungerechtfertigten Eingriff in die Selbstverwaltung unternommen habe. Am 15. Juni v. J. war diese Anfrage vom preußischen Minister des Innern und zugleich vom Handelsminister dahin beantwortet worden, daß kein ungerechtfertigter Eingriff in die Selbstverwaltung stattgefunden habe, und daß die Behauptung, Dr. Herbst habe in Elbing einige geldkräftige Bürger aufgesucht, um Spenden für die Demokratische Partei zu sammeln, „aus der Luft gegriffen" sei. Trotz dieser Feststellung haben sich die Fragesteller zu einer neuen Kleinen Anfrage entschlossen, in der in umfangreicher Weise die Behauptungen wiederholt wurden und als „der" von Dr. Herbst aufgesuchte geldkräftige Bürger der Fabrikbesitzer Franz Schiller genannt wurde. Auf diese neuerliche Anfrage antworteten die beiden genannten Minister folgendes:

„Nach wiederholter Prüfung des Sachverhalts, die eine Fülle unnötiger Arbeit und Kosten verursacht hat, können die in der Antwort auf die Kleine Anfrage Nr. 554 (Drucksache Nr. 2786 bzw. 3046) angeführten Tatsachen nur in vollem Umfang aufrechterhalten werden. Insbesondere kann nochmals die Behauptung als leichtfertig bezeichnet werden, daß der Oberpräsidialrat Dr. Herbst bei Gelegenheit seiner dienstlichen Reise nach Elbing dort einige geldkräftige Bürger aufgesucht hatte, um Spenden für die Demokratische Partei zu sammeln. Der in der Anfrage für die gegenteilige Behauptung als Zeuge benannte Fabrikbesitzer Franz Schiller hat dem Herrn Oberpräsidenten in Königsberg gegenüber selbst ausdrücklich bestätigt, daß der Oberpräsidialrat Dr. Herbst ihn nicht aufgesucht und bei ihm kein Geld für die Demokratische Partei gesammelt habe. Leider wird die Erklärung aber kaum noch den Schaden wettmachen können, welcher der Staatsautorität durch die im Anschluß an die Kleine Anfrage in der Oeffentlichkeit gegen den Oberpräsidialrat inszenierte Hetze zugefügt worden ist".

Von ganz ähnlicher Art war eine andere „Kleine Anfrage" der Deutschnationalen. Der für den 14. Februar d. J. in Königsberg i. Pr. vom „Bürgerverein von 1920" angesetzte Vortrag des Generals von Lettow-Vorbeck wurde vom Polizeipräsidenten Lübbring verboten. Von den Deutschnationalen wurde behauptet, daß dieses Verbot die „Gefühle weiter Kreise der Bevölkerung Ostpreußens aufs tiefste verletzt" habe. Das Staatsministerium wurde gefragt, ob es bereit sei, den Polizeipräsidenten zu veranlassen, „hinfort nicht so einseitig und leichtfertig Versammlungsverbote zu erlassen". Minister Severing beantwortet die Anfrage folgendermaßen:

„Zu der für den 14. Februar 1923 in Königsberg geplanten Veranstaltung des Bürgervereins von 1920 waren von einer mit der Bildung eines Freikorps in Verbindung stehenden Persönlichkeit mehrere für die Anwerbung in Frage kommende Flüchtlinge aus dem Ruhrgebiet bestellt worden, um dort Aufklärung über die weiteren Ziele der Organisation zu erhalten; ferner waren am Vormittag des 14. Februar 1923 in der Universität Königsberg Zettel verteilt worden, durch die die Studentenschaft zu erneuten Demonstrationen vor der Ententekommission im Anschluß an die Veranstaltung aufgefordert wurden. Unter diesen Umständen konnte die Veranstaltung nicht als friedlich im Sinne des Art. 123 der Reichsverfassung angesehen und mußte zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe, Sicherheit und Ordnung verboten werden.

Gegen den Vorwurf eines leichtfertigen Versammlungsverbots muß ich den Polizeipräsidenten entschieden verwahren."

Nachdem sie in diesen Fällen dem preußischen Staat ganz überflüssige Kosten verursacht haben — und sie schreien doch immer so steinerweichend über die mangelnde Sparsamkeit in der Republik! —, haben sie jetzt im Reichstag eine neue Anfrage über den Fall Kerkhoff eingebracht, die in der „Deutschen Tageszeitung" abgedruckt wird und dort mehrere Textspalten an Raum einnimmt! Vielleicht macht auch die Reichsregierung sie darauf aufmerksam, daß sie nicht mit den Mitteln des Reichs so leichtfertig umgehen dürfen.

Die Verhaftung Dr. Zechlins.

Ueber das Schicksal des von den Franzosen verhafteten Legationsrats Genossen Dr. Zechlin war bisher weiter nichts zu erfahren. Die Verhaftung hat sehr großes Aufsehen erregt. Genosse Dr. Zechlin ist nicht nur unseren Berliner Parteigenossen ein guter Bekannter — er war u. a. längere Zeit Mitglied der Pressekommission des „Vorwärts" —, sondern er genießt auch bei den ausländischen Journalisten einen sehr guten Ruf. An ihn wandten sie sich im Ruhrgebiet, wenn sie über die dortigen Vorgänge Auskunft von deutscher Seite zu erlangen wünschten. Sie werden ihm bestätigen, daß er sich bei seiner Auskunftserteilung von jeder Uebertreibung und jeder tendenziösen Völkerverhetzung weit ferngehalten hat. Die Verhaftung Dr. Zechlins kann nur den Zweck haben, für die französischen Okkupationsbehörden im Ruhrgebiet gewaltsam ein Nachrichtenmonopol zu schaffen und für das Düsseldorfer Kriegspressequartier jede Konkurrenz auszuschalten. Der Fall Dr. Zechlin ist somit nicht nur eine deutsch-französische Angelegenheit, sondern auch eine Angelegenheit der ausländischen Presse.

Neue Konferenz in Lausanne.

London, 4. April. (CE.) Der Reuterkorrespondent in Konstantinopel meldet: Die Regierung von Angora hat beschlossen, heute ihre Antwort auf die letzte Note der Alliierten wegen der Lausanner Konferenz abzusenden. Die türkische Regierung stimmt zu, daß die Friedensverhandlungen in Lausanne am 15. April wieder beginnen sollen. Die türkische Abordnung wird Angora Ende dieser Woche verlassen und sich über Konstantinopel nach Lausanne begeben. Das politische Hauptinteresse in der Türkei wendet sich jetzt den Neuwahlen zu. Falls die Lausanner Verhandlungen vor Beendigung der Wahlen scheitern sollten, würde die gegenwärtige Nationalversammlung die notwendigen Beschlüsse fassen. Falls aber die Friedensverhandlungen vor den Neuwahlen einen günstigen Ausgang nehmen sollten, würde der Friedensvertrag von verschiedenen Kommissionen studiert werden. Die Ratifikation würde aber erst durch die neue Nationalversammlung erfolgen.

Der türkische Oberst Osman Pascha, der angebliche Mörder des Abg. Ali Schükry Bey, wurde bei einem Zusammenstoß mit Gendarmen getötet. Sein Leichnam wurde vor die Nationalversammlung gebracht und, auf Verlangen einer Deputation, vor dem Gebäude an den Füßen aufgehängt.

Arzybaschew: Der Kampf der Geschlechter

(Renaissance-Theater.)

Wenn der Vorhang zum fünften Male niedergegangen ist, wirft Emanuel Reicher, der einen russischen Arzt und Zyniker spielt, die Militärmütze auf den Tisch und er wettert wütend: „Verdammte Physiologie." Um dieses Wörtlein drehte es sich. Daß Männlein und Weiblein nur von ihren Sinnen abhängen, daß die Uebersinnlichkeit der Liebe ein Unsinn sei, das setzt der medizinische Raisonneur auseinander, das sollen die Ehepaare beweisen, die alle in dem Stück gegeneinander kämpfen und schließlich auseinandergehen, freiwillig, gewaltsam oder durch den Tod. Es ist also ein Thesenstück, aber ein schlechtes, das überall das bißchen Verstand borgt, aus erster Hand kommen die Gedanken. Sie sind so dürftig, daß ein Reden darüber gar nicht lohnt. Arzybaschew, der vor einigen Jahren im alten Rußland die Jugend mit einer Art Wollustseuche verdorben hat, plätschert in den trübsten Sätzen der Selbstverständlichkeit. Man fragt sich wieder einmal mit einiger Beunruhigung, warum gerade dieses Schundstück ausgewählt wurde. So dumm, so flach können doch nicht die dümmsten Theaterfreunde sein, daß sie sich an diesem ausgewalkten Schwachsinn ergötzten. Zwei Witzworte und hier und da ein wenig Technik des Spannenden können auch hier nicht für die vollkommene Nebensächlichkeit und Oede dieses Geschlechterkampfes entschädigen.

Man spielte das stillose Stück in vier Stilen. Karlheinz Martin gelang es kaum, seine Bühnenmenschlein fest in die Hand zu nehmen. Emanuel Reicher machte aus seinem Raisonneur einen überdeutlich akzentuierenden Verschwender von Weisheit. Gewiß, er erfreute durch eine robuste Maske und durch ein hämmerndes, dem Militärarzt gut anstehendes Sprechen. Otto Brahm hätte seinem Lieblingskünstler aber einige energische Regiewinke gegeben, damit er nicht zu bewußt auftrumpfe, damit er auch die Bewegungen des belehrenden Moralisten mit größerem Takt anbringe.

Brahms Aufmerksamkeit war ja immer darauf gerichtet, daß der Schauspieler sich nicht von dem Effekt fortragen lasse, sondern nur von der Wichtigkeit dessen, was die Rolle betonen möchte. Dem Stücke unterworfen sein, ihm nicht überlegen sein, das war die Aesthetik der Schule, die Brahm verlangte, die Reicher gelegentlich auch erfüllt, die er aber nicht mehr unbestechlich in Nerven und Gedächtnis trägt. Dann Maria Leiko, die eine schwerblütige, tief liebende Frau zu geben hat. Sie ist eine bedeutende Künstlerin des Films. Sie richtet ihr Schreiten und Blicken, ihr Lächeln und ihr melancholisches Halten des Mundes, ihr Stirnrunzeln und ihr Krampfen der Hände so ein, daß die heftig beleuchtende Jupiterlampe ein gewinnendes Bild liefert. Aber die Stummheit, zu der sie so lange verurteilt war, hat ihr geschadet, weil sie so lange stumm spielte, mußte sie manchmal durch ein sehr scharfes Schleudern des Kopfes oder durch einen ähnlich harten Gestus deutlich werden. Jetzt, da sie mit dem Worte nachhilft, verliert sie noch die Melodie. Roma Bahn und Theodor Loos sollen ein dunkel verirrtes Liebespaar sein. Die Frau ganz kindisch, ekstatisch, blindlings auf das Abenteuer zustürzend, der Mann grübelnder und mehr von den Furchen der Gewissensangst durchkreuzt. Aber die Gebundenheit und das Vernietetsein an eine geheime Natur soll ihnen stets aus den Augen blinken. Da bedienen sie sich nun einer Methode, die wieder von dem Naturalismus Reicherts und dem etwas reißenden Streben nach glänzenden Posen der Frau Leiko entgegenarbeitet. Sie wollen den Zuschauer expressionistisch einfangen. Sie wollen nicht erklären, auch nicht malerisch schlängelnd, sondern glutvoll zupackend mit dem Wort an die Empfindung des Zuschauers gelangen. An sich kein übler Weg, dieser Expressionismus, aber der Stil klafft vollständig von dem anderen ab. Noch ein vierter, der sich nicht zurechtfindet in dem, was Harmonie des Ensembles sein soll: Karl Götz, ein gewiß erfahrener Komödiant, auch ein stiller und vornehmer Charakteristiker, aber er weiß nicht recht, wie er mit den anderen zusammenklingen soll. Um Naturalist zu sein, ist er zu wenig hellsichtig, um Filmwirkung allein zu suchen, ist er zu taktvoll, um expressionistisch zu explodieren, fehlt ihm die Heißblütigkeit. Also geht er zwischen den Stilen spazieren. Es war lehrreich, all dies Straucheln, all dies Tasten zu beobachten. Aber ein Theater ist doch keine Stätte zum Studium des Mißlungenen. Max Hochdorf.

Lustspielhaus. Der neueste aus Amerika importierte Schwank: „Bobby, sag die Wahrheit" von J. Montgomery brachte es, im Gegensatz zu der sonst hier mit Vorliebe ausgeschenkten parfümierten Kost, in einer ganzen Reihe seiner Szenen zu richtig verrückter Possenstimmung und starker Heiterkeit. Ein netter junger Mensch und exaltierter Bräutigam einer schwerreichen Schiebertochter geht, um seine finanziellen Talente der Verlobten zu beweisen, mit ihrem würdigen Papa eine Wette auf 20 000 Dollar ein, daß er im Verlauf von 24 Stunden auf jede Frage die lautere Wahrheit sagen werde. Er stiftet da natürlich die tollsten Verwirrungen an, man meint, er sei verrückt geworden. Doch seine Entschlossenheit bleibt unerschüttert, er gewinnt. Die Figur wurde von Herrn Curt Vespermann mit verblüffend liebenswürdiger Unschuldsmiene sehr lustig durchgeführt. Die Herren Baselt und Haase, Frau Gisela Schneider-Nissen wirkten in anderen Rollen zu dem Erfolge mit. dt.

Der vierte Konzertabend der November-Gruppe fand gestern abend im Künstlerhause statt. Das Ungewöhnliche war Dominante, jedoch nicht nur der verpflichtenden Firma zuliebe. Diese verstimmende Absicht war nur zu merken bei Wladimir Vogels Klavierstücken und hier vielleicht deswegen so stark, weil Frau Jakob-Löwinsohn nicht die Zauberin ist, die diesen Vogel zum Singen bringen könnte. Vom Künstlerzimmer her unbefugt eindringende Kinderstimme meldete unbewußt die Opposition des Natürlichen. Besser geschah es Anton Werberns Opus 5, das das exzellente Quartett: Prof. Havemann (Kniestädt, Mahlke, Lutz) musterhaft sorgfältig vortrug: E. T. A. Hoffmann-Mystik; Gespensterseufzen und -wispern hängt spinnwebenzart im Ohr, gleitet wie kühler Spuk über Nerven, dämmert in zitternden Flageoletten auf erdferne Insel hinüber, wo Neurasthenikerseelen wollensmüde träumen mögen. Zuweilen Ausruhen auf Dissonanzen, tastendes Erproben neuer Tonmöglichkeiten. Das „gesunde" Empfinden lehnt das als krankhaft, als Symptom von Nervenschwäche ab, was vielleicht Stigma unserer verzweifelnden Menschenseele; weniger „Fertige" lassen es gelten, spüren Kampfesmut darin, neues Wollen und neues Können. Das gilt ganz besonders für Philipp Jarnachs Streichquintett (op. 10); ein auch kontrapunktisch feines, kluges Werk. Klare Linienführung, überraschende Auflösungen, starkes rhythmisches Gefühl und virtuose Instrumentation. Zu dem Havemann-Quartett trat hier noch Kammermusiker Raue hinzu. Das Publikum jubelte ihnen wie dem herausgerufenen jugendlichen Komponisten zu. Trotz aller Qualitäten war es gut, daß das Programm in homöopathischen Dosen verabfolgt wurde; die Kurzweiligkeit beugte Langeweile vor. Als zweiter Teil war im Programm noch „Hypodromische Lyrik" versprochen. Es war Weisheit, würdig eines Laotse, als der maitre de plaisir, nachdem das Publikum die lange Pause vergnüglich abgewartet hatte, diesen Teil eröffnete und gleichzeitig schloß mit der Mitteilung: die Hypodromische Lyrik falle aus. vn.

Ein neuer Edelstein. Die Erde ist nach Edelmetallen und Edelsteinen seit langem mit großem Eifer durchsucht worden, und doch gibt es noch immer neue überraschende Entdeckungen. So berichtet Prof. Grober in der Frankfurter Wochenschrift „Die Umschau" von der Auffindung eines bisher unbekannten Edelsteins, auf den man ganz unerwartet gestoßen ist. Vor einiger Zeit entdeckten Eingeborene in der Nähe der alten „Saphirgruben" Indiens im Goldsande einen graublauen Stein, der in der geringen Tiefe von 1 bis 1½ Meter lose in mehreren Stücken lag. Die Größe dieser rohen Stücke betrug nur wenige Karat, und sie sehen äußerlich rauh und unscheinbar aus. Man beachtete daher den Stein zunächst kaum, bis die mineralogische Untersuchung ergab, daß es sich um Zirkone von einer bisher unbekannten Farbe, nämlich blau, handelte. Diese neue Entdeckung wurde in ihrem Wert dadurch erhöht, daß der Edelstein beim Schliff ganz besonders prächtige Eigenschaften entfaltete. Der Stein besitzt eine sehr lebhafte Farbenzerstreuung, und namentlich die größeren mittelblauen Steine der besten Art bieten ein sehr interessantes Bild: überall an den Kanten der blauen Flächen blüht es gelb und grün auf. Der neue naturwissenschaftlich wie technisch gleich interessante Edelstein findet sich leider sehr selten und ist meistens nur klein. Immerhin ist ein geschliffener Stein von 36 Karat bekannt. Die Amerikaner, die den Stein an Ort und Stelle aufkaufen, schätzen ihn sehr; nach Europa sind bisher nur wenige Stücke gelangt.

Volksbühne G. V. Im XIV. Konzert der Volksbühne am Sonntag, den 8., mittags ½12 Uhr, im Theater am Bülowplatz wird das Klingler-Quartett unter Mitwirkung von Karl Wendl (Bratsche) Mozarts Quintett G-moll und Beethovens Quintett C-dur opus 29 zum Vortrag bringen.

Die große Volksoper legt Wert auf die Feststellung, daß sie das Theater des Westens bis zum 31. August 1924, also auch für die nächste Spielzeit, gepachtet hat. Alle von anderer Seite ausgehenden Mitteilungen sind falsch.

Spielplanänderung. Im Deutschen Opernhaus kommt am 9., anstatt der angekündigten Vorstellung „Königskinder" Eugen d'Alberts Oper „Die toten Augen" zur Aufführung.

An der Landwirtschaftlichen Hochschule waren im letzten Winterhalbjahr 1404 Studierende (davon 45 weibliche) eingeschrieben und zwar: 1154 Landwirte, 151 Geodäten, 62 Studierende der landwirtschaftlich-technischen Gewerbe und 7 Studierende der Naturwissenschaft.

Die Moskauer Henkerjustiz.

Die bereits gemeldete Hinrichtung des katholischen Priesters Butkiewicz, an dem das Urteil des Sowjetgerichtes durch Erschießen vollstreckt worden ist, hat die Moskauer Sowjetregierung in eine recht heikle diplomatische Situation gebracht. Wie erinnerlich, wurden in dem Prozeß gegen die katholischen Priester, die sich der Beschlagnahme der Kirchengüter durch die Moskauer Regierung widersetzt hatten, zwei Todesurteile gefällt, und zwar gegen den Erzbischof Jepljak und seinen Gehilfen Butkiewicz. Infolge der Proteste in den verschiedenen Ländern und der diplomatischen Vorstellungen einiger westeuropäischen Regierungen wurde der Erzbischof Jepljak zu einer zehnjährigen Freiheitsstrafe begnadigt, das zweite Todesurteil jedoch ist nunmehr vollstreckt worden. Man geht wohl in der Annahme nicht fehl, daß diese Hinrichtung, die in beschleunigtem Tempo erfolgte, eine Konzession an den terroristischen linken Flügel der Kommunistischen Partei bedeutet, ebenso wie die Begnadigung des Erzbischofs einen Versuch darstellte, den Protesten und diplomatischen Vorstellungen Westeuropas entgegenzukommen. Mit Rechtsprechung hat weder die eine, noch die andere Handlung etwas zu tun. Denn, da die beiden Priester wegen eines und desselben Deliktes angeklagt und als „Konterrevolutionäre" zum Tode verurteilt wurden, ist nicht einzusehen, weshalb der eine begnadigt und der andere erschossen worden ist. Wer die verschlungenen Wege dieser „Justiz" begreifen will, muß von vornherein davon absehen, die Grundsätze des modernen Rechtes und der Gerechtigkeit auf ihnen zu suchen, er muß die Sowjetjustiz vielmehr einzig und allein als Akte der Politik bewerten.

Aber auch unter diesem Gesichtspunkt zeigt sich erneut, daß das Festhalten an der terroristischen Blutjustiz — selbst wenn man von allen Grundsätzen der Moral und der Gerechtigkeit absieht und die Justiz, wie es die Moskauer tun, lediglich als Waffe der Politik betrachtet — auch vom Standpunkte der Sowjetregierung das Dümmste und Schädlichste ist, was sie tun kann. Die Hinrichtung des Priesters Butkiewicz hat nicht nur die ziemlich weitgediehenen Verhandlungen zwischen der Sowjetregierung und der päpstlichen Kurie zwecks Abschlusses eines Konkordats zerschlagen, sie hat auch zu einer außerordentlichen Verschärfung der Beziehungen zwischen Sowjetrußland einerseits, Polen und England andererseits geführt. Mag Tschitscherin in seiner Antwortnote an die englische Regierung noch so sehr im Recht sein, daß England keine Befugnis zu Protesten habe, weil es selbst politische Hinrichtungen in Irland, Indien und Aegypten habe vollziehen lassen, so geht diese Feststellung an der Tatsache vorbei, daß die angeblich kommunistische Moskauer Regierung den Namen des Kommunismus schändet, wenn sie sich mit bürgerlichen Regierungen um das Privilegium der Hinrichtung der politischen Gegner streitet und daß sie gleichzeitig die Interessen ihres Landes und ihres Volkes verrät, wenn sie die außenpolitische Stellung Rußlands fortgesetzt durch das krampfhafte Festhalten an der terroristischen Blutjustiz verschlechtert.

Hitlerei in Wien.

Wien, 4. April. (EP.) 11 Züge nationalsozialistischer Sturmtruppen nahmen am Montagvormittag in der Umgebung von Wien eine Felddienstübung unter dem Kommando des Münchener Oberleutnants Luckner vor, der als Delegierter Hitlers in Wien gilt. Die Hakenkreuzler waren etwa 400 Mann stark. 50 Mann sozialistische Arbeiterwehr hatten sich in der Nähe versammelt, um die militärischen Uebungen zu beobachten. Es kam zu einem Zusammenstoß zwischen beiden Parteien, wobei scharfe Schüsse gewechselt wurden. Unter den Osterausflüglern entstand eine große Panik. Auf sozialistischer Seite wurden zwei Leute und von den Hakenkreuzlern ebenfalls zwei verwundet. Die Polizei hat eine strenge Untersuchung eingeleitet. Die bürgerlichen Blätter verlangen die Ausweisung der Sendboten Hitlers aus Oesterreich.

Diese Meldung ergänzt die kurze Depesche in unserer Mittwoch-Morgenausgabe.

Der englische Sozialistenkongreß.

Alkoholfrage und Moskau.

London, 4. April. (TU.) Nach lebhafter Debatte entschied sich die Konferenz der Unabhängigen Arbeiterpartei in London gegen ein Totalverbot des Spirituosenausschanks. Eine Resolution war eingebracht worden, die Ueberführung der Spirituosen in den öffentlichen Besitz und die öffentliche Kontrolle seien die besten Mittel zur Bekämpfung der Trunksucht. Ein Zusatzantrag, der sich für ein glattes Verbot aussprach, wurde mit 168 gegen 152 Stimmen abgelehnt und die Resolution angenommen.

Ein Antrag zugunsten einer Annäherung an die Kommunistische Internationale wurde gegen ganz wenige Stimmen abgelehnt.

Westpolnische Preßfreiheit. In Bromberg wurde der frühere Hauptschriftleiter der „Deutschen Rundschau", Contag, wegen „Verächtlichmachung staatlicher Behörden und Aufreizung der öffentlichen Meinung" zu eineinhalb Jahren und der mitangeklagte Redakteur Kruse zu neun Monaten Gefängnis verurteilt. Auch im Memelland verstehen sie das Zeitungsverbieten schon; die „Königsberger Allgemeine Zeitung" hat's eben erfahren müssen.

Devisenkurse.

	4. April		8. April	
	Käufer- (Geld-) Kurs	Verkäufer (Brief-) Kurs	Käufer (Geld-) Kurs	Verkäufer (Brief-) Kurs
1 holländischer Gulden . . .	8279.25	8320.75	8279.25	8320.75
1 argentinische Papier-Peso	7740.60	7779.40	7750.57	7789.43
1 belgischer Frank	1174.55	1180.45	1197.—	1203.—
1 norwegische Krone	8802.96	8822.04	8800.47	8819.53
1 dänische Krone.	4019.92	4040.08	4019.92	4040.08
1 schwedische Krone	5593.48	5621.52	5586.—	5614.—
1 finnische Mark	574.06	576.94	575.55	579.45
1 japanischer Yen	9909.75	10025.—	9975.—	10025.—
1 italienische Lire	1054.85	1060.15	1054.85	1060.15
1 Pfund Sterling	97901.62	98395.38	98004.37	98495.63
1 Dollar	**21079.66**	**21185.34**	**21047.25**	**21152.75**
1 französischer Frank	1371.56	1378.44	1398.99	1406.01
1 brasilianischer Milreis . .	2244.37	2255.63	2326.91	2340.09
1 Schweizer Frank.	8890.25	8909.75	8890.25	8909.75
1 spanische Peseta	8226.91	8243.09	8226.91	8243.09
100 österr. Kronen (abgest.) .	—	—	29.72	29.88
1 tschechische Krone	—	—	626.92	630.08
1 ungarische Krone	—	—	4.95	4.99
1 bulgarische Lewa	—	—	157.10	157.90
1 jugoslawischer Dinar . . .	—	—	209.47	210.53

Nadelstiche.

Es könnte im Mietnotrecht unter den Parteien alles viel ruhiger zugehen, wenn man auf beiden Seiten sich mehr von Nadelstichen und Schikanen fernhalten wollte. Bei allen Mängeln der gesetzlichen Bestimmungen ist die schiedlich-friedliche Einigung gar nicht so schwer, sobald man sich in die Materie einigermaßen hineingefunden hat. Der Streit bricht gewöhnlich wegen Kleinigkeiten aus und setzt sich fort bis zu hartnäckiger Rechtsverbohrtheit, die dann zu zeitraubenden und kostspieligen Klagen führt. Ein gutes, kluges Wort, ein kleines Nachgeben hüben und drüben, auch ein wenig Witz und Humor zur rechten Zeit — und es ist „alles in Butter". Aber gerade dieses gute Wort, das in peinliche Situationen wie ein erlösender Sonnenstrahl fällt, wird so schwer gefunden. Augenblicklich brennt es wieder in den meisten Häusern wegen der diesmal den Geldbeutel besonders hart angreifenden Umlagekosten-Abrechnung. Schon das Wo und Wie der Prüfung der Hausrechnungen erhitzt die Gemüter. Du lieber Himmel, kommt der Berg nicht zu Mohammed, so geht Mohammed zum Berge. Der Gesetzgeber kann doch nicht auch noch darüber Vorschriften erlassen, ob man sich in der Wohnung des Herr X. oder der Frau Y. auf die Hosen setzen soll. Ein so kleinkalibriges Volk sind wir doch nicht. Da muß jeder Beteiligte praktisch denken und einen schnellen, gerechten Ausgleich im Auge haben, aber nicht auf Vergeudung der Nervenkraft versessen sein. Aus der erstaunlichen Fülle dieser häßlichen Nadelstichpolitik sei folgendes herausgegriffen: Ein Hausbesitzer ladet die Mietervertretung zur Abrechnung in seine Wohnung. Als die Mietervertretung pünktlich eintrifft, zeigt es sich, daß der Hausbesitzer alle Stühle bis auf einen auf den er selbst thronte, aus dem Zimmer entfernt hatte. Die Mieter zogen wieder ab, da sie nicht drei Stunden stehen wollten. Nun klagt man beim Amtsgericht um die Stuhlfrage. Ein neugebackener Hausverwalter, früher selbst Mieterobmann, will eine ihm sehr unbequeme scharfäugige Mietervertreterin zur Rechnungsprüfung nicht zulassen. Vielleicht hat er kein gutes Gewissen! Die Abrechnung unterbleibt, die Mieter wissen nicht, was sie zahlen sollen. Wieder ein anderer Hausverwalter ist fuchswild und in seiner Würde tief gekränkt, weil die Mieter, ohne ihn zu fragen, vor den Feiertagen den Müllberg selbst beseitigt haben. Sie wollen auf eigene Kosten den Hofgarten in Ordnung bringen. Nun bedanken sie sich dafür. Nicht selten liegt die Kleinlichkeit auch bei den Mietern. Man wandert wegen eines Schlüssels, einer Gummischeibe am Wasserleitungshahn, wegen einer Jalousieschnur zum Gericht. Ein Hausreiniger hat im Nebenhause einen kleinen Ziegenstall, keine Wohnung. Nun soll er für die paar Quadratmeter die ganze Umlage mitbezahlen. Das Gesetz läßt das zu. Soziales Entgegenkommen wäre besser. Wozu alle diese Nadelstiche, diese Stänkereien? Wir haben heute wirklich Wichtigeres zu tun. Mehr Zusammenschluß, mehr Einigkeit, weniger Haß und Feindschaft auch in den vier Pfählen, die unser Obdach sind und uns verpflichten, das Leben nicht noch schwerer zu machen, als es ohnehin schon ist!

Allerlei Diebesvolk.

Beim Einbruch wurde in der vergangenen Nacht auf dem Grundstück Goethestraße 36 der 20 Jahre alte Arbeiter Karl Rackow aus der Wallstraße zu Charlottenburg überrascht und erschossen. Eine Streife der Spürhundführer der Kriminalpolizei beobachtete gegen 1 Uhr nachts, wie drei Männer und eine Frau sich an dem Laden des Wäschegeschäftes von Faustmann in der Goethestraße 36 zu Charlottenburg zu schaffen machten. Als die Gesellschaft die Streife herankommen sah, ging sie davon. Die Beamten vermuteten, daß sie zurückkommen werde, und beobachteten nun das Haus. Alsbald kamen alle vier zurück und bevor die Beamten noch hinzueilen konnten, hörten sie die zertrümmerte Schaufensterscheibe klirren. Die Streife stellte fest, daß sich zwei Männer in dem Laden zu schaffen machten. Sie forderten sie auf, herauszukommen, erhielten aber keine Antwort. Der Diensthundführer Schwerdtfeger schoß nun einmal durch die zertrümmerte Scheibe in den Laden hinein, um der Aufforderung Nachdruck zu geben und den Verbrechern klarzumachen, daß etwaiger Widerstand umsonst sein werde. Dann drangen alle Beamten ein und fanden einen Mann am Boden kauern. Auf ihre Aufforderung: „Hände hoch!" griff dieser, statt ihr nachzukommen, in die Tasche. Jetzt schoß der Beamte zum zweitenmal und traf den Einbrecher so schwer, daß er widerstandsunfähig war. Der zweite wurde nun ebenfalls festgenommen, nach der Wache gebracht und als ein Möbelträger Franz Sanneck aus der Wallstraße zu Charlottenburg erkannt. Der verletzte Rackow wurde nach der Rettungsstelle in der Kaiser-Friedrich-Straße gebracht und starb dort bald nach der Aufnahme. Der dritte Mann und die Frau, die draußen aufgepaßt hatten, waren entkommen und sind noch nicht ergriffen.

Ein Artist Karl Peterson wurde als Einbrecher entlarvt und festgenommen. Er hielt sich unangemeldet bei seiner Geliebten in der Cuvrystraße auf. Auf ihn fiel der Verdacht, daß er mit großen Einbrüchen in der Gegend von Grüneberg in Schlesien zu tun gehabt habe, bei denen den Verbrechern wertvolles Silberzeug in die Hände gefallen war. Bei einer Durchsuchung der Wohnung fanden die Kriminalbeamten auch allerlei Sachen, die aber aus verschiedenen Diebstählen in mehreren Ortschaften in Neustrelitz herrühren, u. a. auch einen Stempel vom Karolineum in Neustrelitz und Bücher aus der dortigen Bibliothek. Ferner das Gehäuse einer Autouhr, die aus einem Einbruch in Wilhelminenhof bei Gülzow stammt. Bei diesem wurden die Verbrecher überrascht und einer von ihnen auf der Flucht erschossen. Peterson leugnete erst, gestand aber endlich unter der Last des Beweismaterials, bei den Einbrüchen in Mecklenburg beteiligt gewesen zu sein. Wahrscheinlich hat er auch bei den Grüneberger Einbrüchen seine Hand im Spiele gehabt. Mitteilungen über ihn und seine Tätigkeit nimmt Kriminalkommissar Trettin im Zimmer 106 entgegen. — Gewerbsmäßige Kunstdiebe treiben in der letzten Zeit in Groß-Berlin ihr Unwesen. In der Galerie Alfred Flechtheim am Lützowufer stahlen sie ein Gemälde in Goldrahmen mit Glasscheibe, das einen weiblichen Kopf von Eugen Zak darstellt.

Kriminalpolizei auf dem Kriegspfad.

Ueber die Mittel, die von der Kriminalpolizei angewandt werden, um Verbrecher zu fangen, vornehmlich aber über die Art und Weise des Verkehrs zwischen Kriminalpolizei und „schweren Jungen" herrschen im großen Publikum noch immer die merkwürdigsten Vorstellungen. Interessante Aufschlüsse über alle diese Dinge gibt das im Verlag von F. Fontane u. Co. erschienene Buch des Kriminalkommissars von Tresckow: „Von Fürsten und anderen Sterblichen." So handelt ein Kapitel, was heute, wo das Verbrechertum Berlins wieder außerordentlich ausgebreitet ist, besonders interessiert, von Wilderern im Grunewald. Kurz vor dem Krieg wurde im Grunewald sehr stark gewildert, und namentlich wurden viel Hirsche abgeschossen. Das merkwürdigste war aber, daß die Forstbeamten niemals einen Schuß gehört hatten. Kriminalkommissar von Tresckow gelang es, die Wilderer abzufangen und das Rätsel zu lösen, wie es hatte geschehen können, daß niemals im Walde das Echo eines Schusses laut wurde. Bei der Haussuchung fand er mehrere Pappzylinder in der ungefähren Größe von Lampenzylindern. An den mit Pappe geschlossenen Enden entdeckte er zwei Oeffnungen, eine größere und eine kleinere, die die Größe eines Schußlochs von sechs Millimeter Durchmesser hatte. Diese Zylinder wurden auf die Gewehrmündung gesetzt und dämpften dermaßen den Schall, daß man beim Abfeuern des Gewehrs keinen Knall, sondern nur das Geräusch des abgedrückten Gewehrschlosses hörte. Fürsten und Verbrecher spielen in diesem interessanten Buch eine große Rolle. Denn es ist nicht selten vorgekommen, daß sich Fürsten mit Verbrechern näher einließen, was man ja früher empfindlicher Ohren wegen nicht laut sagen durfte. Da wird zum Beispiel der Großherzog Friedrich Franz von Mecklenburg genannt, der sich in der Gewalt eines Erpressers befand. Kriminalkommissar Tresckow erhielt den Auftrag, Briefe, die den Großherzog schwer belasteten, aus London zu holen, wo sie sich in der Hand eines Verbrechers befanden. Diese seine Verbrecherjagd in London und die Listen, welche er auf seinem Kriegspfad anwenden mußte, um zum Ziel zu gelangen, werden in dem Buch fesselnd und frisch geschildert.

Eine gewissenhafte Behörde.

Bei manchen Behörden wird, wenn wir nicht irren, längst auf die Eintreibung von Geldforderungen kleinster Beträge verzichtet. Ist das nicht auch bei Steuerforderungen möglich, oder hält man hier um des Prinzips willen für nötig, jeden noch so kleinen Anspruch geltend zu machen? Im Verwaltungsbezirk Neukölln hat der Besitzer einer in Mariendorf gelegenen Laube eine Probe dieses Prinzips kennengelernt, die wirklich Bewunderung verdient. Er wurde zur Gebäudesteuer veranlagt, und zwar vergeblich, da nur ein Nutzungswert von 60 Mark angesetzt werden konnte, ein jährlicher Steuerbetrag von 2,40 Mark (zwei Mark und vierzig Pfennig). Den Veranlagungsbescheid übersandte das Katasteramt Neukölln dem Laubenbesitzer durch die Post mit Zustellungsurkunde, wobei ein Portoaufwand von 130 Mark entstand. Wer zweifelt nun noch daß wir uns endlich im Wiederaufbau befinden, ein Wiederaufbau größten Verwaltungsunsinns! 2,40 Mark ist ein Betrag, für den du heute nicht ganz zwei Streichhölzer kaufen kannst. Wieviel mag neben den 130 Mark Portoaufwand der Gehaltsbetrag ausmachen, der auf die erforderlich gewesene Bureauarbeit entfällt?

Ein Mörder und Brandstifter entsprungen. Aus dem Gerichtsgefängnis zu Torgau ist in der Nacht zum ersten Feiertag der 36 Jahre alte, zu Werben geborene Händler Wilhelm Otto aus Luckenwalde entwichen, der im Oktober vorigen Jahres vom Schwurgericht zu Torgau wegen Mordes und Brandstiftung zum Tode und sechs Jahren Zuchthaus verurteilt worden ist. Man vermutet, daß er sich nach Berlin gewandt hat. Die Kriminalpolizei fahndet hier auf ihn.

Aufgaben der Gemeinden im alt- und neubesetzten Gebiet behandelt die demnächst erscheinende Aprilnummer der „Gemeindepolitik". Ministerialrat Dr. Karstedt schreibt über die Organisation des „Deutschen Volksopfers" unter Berücksichtigung der kommunalen Verwaltungsaufgaben hierbei. Oberbürgermeister Dr. Weis-Ludwigshafen gibt eine eingehende Darstellung der den Gemeinden aus dem Rheinlandabkommen entstehenden Verpflichtungen. Dr. Schoppen, Leiter des statistischen Amtes der Stadt Düsseldorf schildert die Beziehungen zwischen Ernährungs- und Wohnungsweise der Bevölkerung und der Tuberkulose. Die Arbeit ist im Hinblick auf die wohnungshygienischen Folgen der französisch-belgischen Besetzung des Ruhrgebiets besonders wichtig. Stadtverordnetenvorsteher Schmidt in Lüdenscheid veröffentlicht einen Vorschlag der dortigen sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion zur Reform der Wohnungsbauabgabe. Großen praktischen Wert besitzt auch ein Gutachten von dem kürzlich zum kommissarischen Regierungspräsidenten von Lüneburg ernannten Ministerialrat Hans Krüger zu §§ 9 und 9a des Kommunalabgabengesetzes (Arbeitgeberbeiträge für Wohnungsbauten). Die „Notizen" enthalten Berichte über letzte gesetzgeberische Ereignisse. Die Mainummer der „Gemeindepolitik" wird den Wortlaut des Gesetzes über die vorläufige Regelung der Gemeindewahlen in Preußen mit einem erläuternden Aufsatz von Staatsminister a. D. Paul Hirsch veröffentlichen. Die Veröffentlichung ist als Sonderdruck zu einem mäßigen Preise durch den Verlag der „Gemeindepolitik", Berlin SW 68, schon jetzt zu beziehen.

Hofgeismar-Woche der Jungsozialisten.

Die Jungsozialisten Westfalens veranstalten ab 31. März in Hofgeismar eine Arbeitswoche, die sich mit dem Thema: „Unser Verhältnis zu Volk und Staat" befaßt. Als Redner sprechen Karl Bröger über: „Deutscher Mensch und deutscher Geist," Professor Natorp-Marburg über: „Volk und Menschheit," ferner Dr. Walter Koch-Kassel, Alma de L'aigle, Dr. Eduard Heimann, Reichsjustizminister a. D. Dr. Radbruch und Professor Dr. Sinzheimer-Frankfurt a. M. Den Vorträgen schließen sich an den Nachmittagen in kleineren Kreisen Aussprachen an. Den Abschluß der Woche bildet eine öffentliche Versammlung in Kassel, in der Reichstagsabgeordneter Sollmann-Köln sprechen wird. Einen ausführlichen Bericht von der Woche werden die jungsozialistischen Blätter, Maiheft, bringen.

Stockhiebe für Trinker.

Das neue Alkoholverbot in der Türkei.

Vom 4. April ab wird lt. einer Wolff-Meldung aus Konstantinopel in der Türkei, jede Person, die beim Genuß alkoholischer Getränke betroffen wird, auch wenn es sich um Ausländer handelt, mit einer Bastonade von dreißig Hieben bestraft werden. Händler, die solche Getränke verkaufen, werden mit einer Geldbuße von fünfzig türkischen Pfund bestraft. Die Ausländer sind aufgefordert worden, den Behörden eine vollständige Angabe über ihre Vorräte zu machen. Sie werden aber eine Frist von zwei Monaten erhalten, in der sie die alkoholischen Vorräte wieder ausführen dürfen; andernfalls werden diese vernichtet werden. Von diesen Maßnahmen sind lediglich fremde Militärs ausgenommen.

Die Einführung der Prügelstrafe zwecks Unterbindung der Sehnsucht nach dem Alkohol ist ein Mittel von drakonischer Originalität. Die fremden Militärs, die man vorsichtigerweise, wohl um „kriegerischen Verwicklungen" vorzubeugen, ausgenommen hat, werden diesen Vorrang ersprießlich zu nützen wissen.

Das tägliche Autounglück. Ein schweres Autounglück hat sich bei München ereignet. Auf der Fahrt nach Augsburg wurde das Motorrad des praktischen Arztes und Heilanstaltsinhabers Dr. Otto Mühlhäuser aus Augsburg von einem dahinrasenden Automobil überholt und überrannt. Dr. Mühlhäuser war sofort tot. Sein mit auf dem Motorrad sitzender Assistent, Dr. Eisenlohr aus Augsburg, wurde schwer aber nicht lebensgefährlich verletzt.

Wetter für morgen.

Berlin und Umgegend. Trocken und überwiegend heiter, nur morgens etwas neblig, nachts leichter Frost, in den Mittagsstunden ziemlich warm bei mäßigen östlichen bis südöstlichen Winden.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Achtung, Kassierer! Die Maimarken für 1923 sind soeben im Bureau eingetroffen. — Die Kassierer, welche diese Marken abholen können, werden sehr darum gebeten. — Alle bis Montag, den 16. April, nachmittags 5 Uhr, nicht abgeholten Marken werden am 17. April durch die Post zugestellt. J. A.: Alex Pagels.

Heute, Mittwoch, den 4. April:

47. Abt. Die Bezirksführer rechnen am 4. oder 5. April beim Genossen Max Schmidt, Waldemarstr. 41, Gest. 2 Tr., ab.

137. Abt., Reinickendorf-West. 7½ Uhr Sitzung des Bildungsausschusses im Volkshaus, Scharnweberstr. 114.

Morgen, Donnerstag, den 5. April:

30. Abt. 7 Uhr Funktionärsitzung bei A. Carl, Wickerstr. 60.

34. Abt. 7½ Uhr Funktionärkonferenz bei Rosin, Gubener Str. 19.

35. Abt. 7½ Uhr Sitzung der Funktionäre und übrigen Mitglieder bei Wittschuß, Petersburger Str. 5.

38. Abt. 7½ Uhr bei Bauer, Große Frankfurter Str. 1, Sitzung sämtlicher Funktionäre, Betriebsvertrauensleute, Elternbeiräte und Vertreter der Beamten. Die Bezirksführer müssen die Beamtenvertreter einladen.

54. Abt., Lankwitz. Pünktlich 7 Uhr 45 Minuten Vorstandssitzung beim Genossen Räusch, Kaiser-Wilhelm-Str. 123a.

Gewerkschaftsbewegung

Der Vertrag der Spitzenorganisationen.

Wir veröffentlichen hiermit den Organisationsvertrag zwischen dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund (ADGB.), dem Allgemeinen freien Angestelltenbund (AfA-Bund) und dem Allgemeinen Deutschen Beamtenbund (ADB.).

Von besonderer Bedeutung für die praktische Wirkung dieses Vertrags ist § 4 und vielleicht noch mehr der § 5. Es ist nunmehr Sache der betreffenden örtlichen und bezirklichen Organisationen, diese Bestimmungen in die Praxis umzusetzen. Hier der Wortlaut des Vertrags:

Zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen und sozialen Interessen aller Arbeiter, Angestellten und Beamten und zur höchsten Steigerung ihrer organisatorischen Kraft und ihres Einflusses im Wirtschaftsleben vereinbaren die vorgenannten drei Spitzenverbände unter Anerkennung des Grundsatzes der parteipolitischen und religiösen Neutralität für sich und ihre angeschlossenen Verbände folgenden Organisationsvertrag:

§ 1.

Die Organisationen vertreten den Grundsatz, daß in der Wirtschaftspolitik die gemeinwirtschaftlichen Interessen stets den privaten Einzelinteressen voranzustellen sind.

Ausgehend von der Erkenntnis, daß der soziale Aufstieg der deutschen Arbeiter, Angestellten und Beamten die Erhaltung der deutschen Republik zur Voraussetzung hat, verpflichten sich die unterzeichneten Organisationen, jeder Verletzung der republikanischen Verfassung im Reich und in den Ländern mit allen zu Gebote stehenden Mitteln entgegenzutreten.

Zur Förderung einheitlicher gewerkschaftlicher Aktionen der Arbeiter, Angestellten und Beamten aller Länder stellt sich auch der ADB. mit den bei den mitunterzeichneten Spitzenorganisationen auf den Boden des Internationalen Gewerkschaftsbundes (Sitz Amsterdam).

§ 2.

Der ADGB., AfA-Bund und ADB. verpflichten sich als organisatorisch selbständige Spitzenverbände gegenseitig, in allen gewerkschaftlichen, sozial- und wirtschaftspolitischen Angelegenheiten, welche die Interessen der Arbeiter, Angestellten und Beamten gemeinsam berühren, zusammenzuwirken.

In Fragen, die nur die Interessen einer Gruppe unmittelbar berühren, behält jede Spitzenorganisation ihre Selbständigkeit. Sofern jedoch Interessen der anderen Gruppen beeinflußt werden könnten, soll jede Organisation, bevor sie ihre Maßnahmen ergreift, sich mit den beiden anderen verständigen.

§ 3.

Grundsätzlich wird der ADGB. als die gewerkschaftliche Spitzenorganisation der Arbeiter-, der AfA-Bund als die der Beamtenverbände anerkannt. Demgemäß sollen die Arbeiter in den dem ADGB., die Angestellten in den dem AfA-Bund und die Beamten in den dem ADB. angeschlossenen Verbänden organisiert werden.

Ueber notwendige Abweichungen von diesem Grundsatz werden die unterzeichneten Vorstände sich untereinander und mit den beteiligten angeschlossenen Verbänden verständigen, wobei geschichtliche und organisatorische Eigentümlichkeiten berücksichtigt werden sollen, wie das bereits in der am 19. Dezember 1922 abgeschlossenen Vereinbarung zwischen dem ADB. und den der früheren Gewerkschaftlichen Beamtenzentrale des ADGB. und AfA-Bundes angeschlossenen Organisationen festgelegt ist.

Streitigkeiten, die nicht durch Verständigung beigelegt werden können, sind von Fall zu Fall durch ein gemeinsames Schiedsgericht zu entscheiden.

§ 4.

Zum Zwecke des Zusammenwirkens zwischen ADGB., AfA-Bund und ADB. sind, wenn gemeinsame Fragen vorliegen, die Vorstands- und Ausschußsitzungen und die Kongresse gegenseitig durch Delegationen, die mit beratender Stimme teilnehmen, zu beschicken.

Erforderlichenfalls können Ausschußsitzungen und Kongresse von Fall zu Fall gemeinsam veranstaltet werden. Für das Vertretungs- und Stimmrecht gelten die Satzungen des ADGB. sinngemäß.

§ 5.

Die im § 4 für die zentrale Zusammenarbeit getroffenen Bestimmungen finden auf die örtliche und bezirkliche Zusammenarbeit entsprechende Anwendung.

Die gleichen Industrie- und Fachgruppen der ADGB.-, AfA- und ADB.-Verbände sollen gemeinsame Gruppenausschüsse bilden.

§ 6.

Der zwischen dem ADGB. und dem AfA-Bund am 12. April 1921 abgeschlossene Organisationsvertrag bleibt von den vorstehenden Abmachungen unberührt.

Die Auslösung der Außenmonteure.

Die dem Deutschen Metallarbeiterverband angehörenden Berliner Außenmonteure befinden sich bereits seit Monaten in einer Lohnbewegung. Es gilt, für sie eine Erhöhung der Auslösungen und einige andere berufliche Forderungen zu erreichen, die in ihrer Versammlung am zweiten Weihnachtsfeiertage aufgestellt wurden. Inzwischen ist mit den Arbeitgebern verhandelt worden, und am zweiten Ostertag fand im Hause des Metallarbeiterverbandes wieder eine Versammlung der Außenmonteure statt, um zu dem Ergebnis der Verhandlungen Stellung zu nehmen. Ueber den Verlauf der Verhandlungen wurde vom Vertreter des Verbandes, Kollegen Knaack, eingehend berichtet.

Als Grundlage der Auslösungen sollten die bisherigen Gruppen 1 bzw. 3 und 7 dienen. Für das gesamte besetzte Gebiet wird eine Besetzungszulage in Höhe von 2500 M. täglich verlangt. Ferner sollen die Auslösungssätze den Forderungen unter 1 entsprechend um 50 Proz. erhöht werden. Die Versicherungssumme gemäß Anhang c b soll auf das 100fache der Sätze des Nachtrags 1a erhöht werden. Weiter besteht bei den Monteuren der Wunsch, ihnen eine einmalige Pauschalsumme zur Anschaffung von Reisekörben zu zahlen.

In der Verhandlung mit den Vertretern des VBMI. am 13. März wurden die Forderungen von Knaack begründet. Die unter 1 genannte wurde abgelehnt, weil einheitliche Sätze nicht in Frage kommen könnten. Ebenso erfuhren auch die unter 2 und 3 verzeichneten Forderungen eine strikte Ablehnung. Gegen die dritte Forderung wurde geltend gemacht, daß die Erhöhung für die Industrie nicht tragbar sei. Bezüglich der geforderten Besatzungszulage wurde von den Vertretern des VBMI. behauptet, daß schon mehr bezahlt werde. Sie schlugen vor, festzulegen, daß nach dem Willen der Vertragsparteien Besatzungszulagen gewährt werden müssen. Die Höhe sei nach freier Vereinbarung festzusetzen — Als Versicherungssätze wurden von ihnen vorgeschlagen: für Unverheiratete 1 500 000 M., für Verheiratete 2 250 000 M und für jedes Kind 375 000 M. — Ein Zuschuß für Anschaffung von Reisekörben wurde nicht bewilligt.

Nach diesem Ergebnis der Verhandlungen wandte die Kommission sich an das Reichsarbeitsministerium, das unterm 24. März folgenden Bescheid gab:

„Das Reichsarbeitsministerium kann nur solche Arbeitsstreitigkeiten auf Grund des § 22 Abs. 2 der Verordnung vom 23. Dezember 1918 übernehmen, bei denen es sich um Fragen von grundsätzlicher Bedeutung handelt, oder die im Hinblick auf die große Zahl der beteiligten Arbeitnehmer oder die besondere Wichtigkeit des Berufszweiges eine erhebliche Störung des allgemeinen Wirtschaftslebens befürchten lassen. Diese Voraussetzungen sind im vorliegenden Falle m. E. nicht gegeben. Ich bedauere daher, ihrem Antrage nicht entsprechen zu können und stelle anheim, den nach § 22 Abs. 1 der Verordnung vom 23. Dezember 1918 zuständigen Schlichtungsausschuß anzurufen.

I. A.: Dr. Sitzler."

Die Anrufung des Schlichtungsausschusses ist inzwischen erfolgt, ein Verhandlungstermin aber noch nicht festgesetzt. Dem Bericht folgte eine längere Aussprache, die manche wertvolle Anregung für die Versammelten brachte. In seinem Schlußwort hob Knaack hervor, daß die Tarifsätze für alle Kollegen gelten, die für den VBMI. auf Montage gehen, auch wenn sie außerhalb Groß-Berlins wohnen.

Spitzeleien im Betriebe A. Wertheim.

Von der Bezirksverwaltung des Deutschen Verkehrsbundes wird uns geschrieben:

In einer vom Deutschen Verkehrsbund für die Handelshilfsarbeiter einberufenen Versammlung wurde ein ungeheuerliches Material über das Spitzelsystem im Betriebe der Firma A. Wertheim der Versammlung unterbreitet. Vollmeyer vom Deutschen Verkehrsbund referierte zunächst über die Personalpolitik der Firma. An Hand von Berichten stellte er fest, daß die Personalleitung der Firma kein Mittel scheut, wenn es darauf ankommt, ihren Willen durchzusetzen. Seit längerer Zeit war es der Organisationsleitung bekannt, daß Personen im Betriebe am Werke sind, die Versammlungsberichte und sonstige Mitteilungen der Geschäftsleitung übermitteln. Ein bei der Firma beschäftigt gewesener Fahrstuhlführer hat dann auch in einer Versammlung gegen den Fahrstuhlführer Schulz die Behauptung aufgestellt, daß dieser gegen Bezahlung der Firma Berichte ausliefert. Schulz sollte daraufhin die Privatklage gegen den angeblichen Beleidiger einreichen, was er abgelehnt hat; der Aufforderung der Organisation, sich von dem Verdacht zu reinigen, ist er nicht nachgekommen. Die Berichte, die über die Spitzeleien vorliegen, ergeben, daß Schulz ab Monat Juni für jeden Bericht eine Entschädigung in der Höhe eines Wochenlohnes erhalten hat. — Auch die Geschäftsleitung der Firma A. Wertheim war zu der Versammlung eingeladen, hat es aber abgelehnt, zu erscheinen, und erklärt, daß sie für Ermittlungen bisher kein Geld ausgegeben habe und auch nicht ausgeben würde. Die Organisation hat der Geschäftsleitung mitgeteilt, daß sie bereit ist, das gesamte Material in Abschrift zur Verfügung zu stellen und ist in der Versammlung nochmals ausdrücklich betont worden, daß, solange kein Gegenbeweis von Schulz angetreten ist, die Organisation ihre Anschuldigungen nicht zurücknimmt.

Die Versammlung nahm mit großer Entrüstung die Mitteilungen entgegen und soll der Ausschlußantrag aus der Organisation, den die Branchenversammlung schon gefaßt hat, der Bezirksverwaltung übermittelt werden.

Lohnerhöhungen in Amerika.

Nach einer Havasmeldung aus New York hat der Verband der Baumwollindustriellen in Fall River beschlossen, vom 24. April ab die Löhne um 12½ Proz. zu erhöhen, was etwa 36 000 Arbeitern zugute kommt. Die Baumwollfabrikanten in New Bedford haben eine ähnliche Erhöhung bewilligt, die nach Mitteilung der Arbeiterführer angenommen werden wird.

Bemerkenswert an dieser durchaus nicht vereinzelten Tatsache ist, daß gleichzeitig mit den in Amerika vorgenommenen Lohnerhöhungen in Deutschland, wo die Arbeiter nur einen Bruchteil der Löhne der amerikanischen Arbeiter bekommen, eine Lohnstabilisierung versucht wird. Nicht minder bemerkenswert ist die andere Tatsache, daß bei ungleich höheren Löhnen ein Aufschwung der Industrietätigkeit in Amerika zu verzeichnen ist, während in Deutschland, dem Lande der stabilisierten Hungerlöhne, eine wachsende Krise sich bemerkbar macht.

Zusammenstoß zwischen englischen und deutschen Fischern. Wie die Londoner Blätter melden, ereigneten sich gestern abend in Aberdeen „wieder wilde Szenen", als eine aus schottischen Fischern bestehende Menge eine Anzahl von deutschen Fischerbooten erheblich beschädigte. Die streikenden schottischen Fischer versammelten sich auf beiden Seiten des Hafeneinganges mit Körben und Säcken, die mit Steinen und Ziegeln gefüllt waren. Als das erste deutsche Schiff den Hafen verließ, wurde es von den Streikenden mit einem Hagel von Steinen beworfen, bis es außerhalb der Reichweite der Steinwürfe kam. Zwei ankommende deutsche Fischerboote mußten unter den Steinwürfen der Streikenden wieder in See gehen. (Wir wollen hoffen, daß den deutschen Fischern unbekannt war, daß sich die schottischen Fischer im Streik befinden. Wenn die deutschen Verbraucher auch nur mit Mark und nicht mit englischen Pfunden zahlen, an Abnehmern kann es den Fischern in Deutschland nicht fehlen.)

Streik im englischen Bergbau. Heute traten 46 000 Bergarbeiter im Rhondatal in Südwales in den Streik, dessen Hauptzweck darin besteht, die Nichtorganisierten der Gewerkschaft zuzuführen. Die Bergarbeiter von Tredegar beschlossen gestern, sich am Streik nicht zu beteiligen, da er gegenwärtig aussichtslos erscheinen müsse.

Deutscher Werkmeister-Verband. Bezirksverein 12, Fachgruppe städtische Meister. Freitag abend 6 Uhr Mitgliederversammlung in der Schulaula Weinmeisterstraße 15.

Wirtschaft

Arbeiterbanken in den Vereinigten Staaten.

Die Anzahl der Arbeiterbanken hat in den letzten drei Jahren sehr schnell zugenommen. Gegenwärtig sind bereits 9 Arbeiterbanken in Betrieb. Von verschiedenen Arbeiterorganisationen ist die Errichtung von mehreren anderen geplant.

Die erste Arbeiterbank wurde 1920 durch den Internationalen Verband der Maschinisten (International Association of Machinists) unter dem Namen „Mt. Vernon Savings Bank" ins Leben gerufen. Der Hauptanteil der Aktien befindet sich in den Händen der Arbeiterorganisation selbst, während der Rest der Anteile für die Gewerkschaftsmitglieder und dritte Personen reserviert worden ist. Die Direktion besteht aus 21 Mitgliedern; vier davon sind Beamte des Maschinistenverbandes, ferner zwei Beamte anderer Arbeiterorganisationen und die verbleibenden 15 sind Bankangestellte und außenstehende Geschäftsleute.

Im Jahre 1920 wurde die „Brotherhood of Locomotive Engineers Cooperative National Bank" (genossenschaftliche Nationalbank der Bruderschaft der Lokomotivführer) in Cleveland errichtet. Dies ist eine reine Arbeiterbank. Der Hauptanteil der Anteile gehört der Bruderschaft als selbständige Organisation, und der Rest den Mitgliedern. Es befindet sich demnach kein Anteil in fremden Händen. Die Direktoren der Bank sind die leitenden Beamten (national officers) des Verbandes.

Im Jahre 1921 erwarb die Bruderschaft durch Ankauf von Aktien ein Kontrollrecht in einer in Hammond, Indiana, bestehenden Bank, welche jetzt den Namen „People's Cooperative State Bank" trägt und nach dem Muster der Bank in Cleveland arbeitet.

Anfang 1921 wurde durch die Vereinigten Arbeiter der Bekleidungsindustrie (Amalgamated Clothing Workers) die Amalgamated Trust and Savings Bank" in Chikago ins Leben gerufen. Dies ist ein weiteres Bankunternehmen im ausschließlichen Besitz der Arbeiter. Die Direktion besteht aus 11 Beamten, die aus dem Zentralvorstand der Gewerkschaft und dem Ortsausschuß der Gewerkschaft in Chikago gewählt werden.

Die drei großen Banken hatten sofort unvergleichlichen Erfolg. Die „Mt. Vernon Savings Bank" wurde mit einem Kapital von 200 000 Dollar eröffnet. Sie verfügt zurzeit über Kapitalien in Höhe von 2 700 800 Dollar und Depositen im Betrage von 2 300 000 Dollar.

Die Brotherhood Bank in Cleveland wurde 1920 mit einem Grundkapital von 1 000 000 Dollar eröffnet, wovon damals 651 000 Dollar eingezahlt waren. Das Kapital vergrößerte sich monatlich um 1 000 000 Dollar. Das ihr jetzt zur Verfügung stehende Betriebskapital beläuft sich fast auf 15 000 000 Dollar; die Bank bezahlt 6 Prozent Dividende. Die Amalgamated Bank in Chicago erhielt während der ersten drei Monate ihres Bestehens ungefähr 1 000 000 Dollar an Depositen und verfügt jetzt über ein Kapital von 1 291 411 Dollar.

Nachstehend lassen wir eine vollständige Aufstellung des Internationalen Gewerkschaftsbundes der in den Vereinigten Staaten bestehenden Arbeiterbanken folgen:

Name der Bank	Aufsichtsrat	Akt.-Kap. (in Dollar)	Reserven (in Dollar)
Mount Vernon Savings Bank in Washington D. C.	Intern. Association of Machinists (Intern. Maschinistenverband)	160 000	2 689 182
B. L. E. Co-op. Nat'l Bank i. Cleveland, Ohio	Brotherhood of Locomotive Engineers	1 000 000	15 547 402
The People's Co-operative State Bank in Hammond, Indiana	Brotherhood of Locomotive Engineers (Bruderschaft der Lokomotivführer)	50 000	250 000
Amalgamated Trust and Savings Bank in Chicago, Illinois	Amalg. Clothing Workers (Verein. Arbeiter d. Bekleidungsindustrie	200 000	1 291 411
Producers and Consumers Bank in Philadelphia, Pennsylvania	Central Labor Union Members (Mitgl. der Zentr. Arbeiterunion)	155 831	—
Brotherhood Trust and Saving Bank in San Bernardino, California	Railroad Workers (Eisenbahnarbeiter)	200 000	770 000
Co-operative Bank and Trust Company in Tuscan, Arizona	Labor Groups (Oertliche Organisationen)	70 000	262 000
Federated Bank and Trust Company in Birmingham, Alabama	State Federation of Labor and Local Centrals Brotherhood of Locomotive Engineers (Bruderschaft der Lokomotivführer)	125 000	—
First National Bank in Three Forks, Mont.	Labor Groups	—	—

Trotz ihres jungen Bestehens haben die amerikanischen Arbeiterbanken bereits gewaltige Erfolge aufzuweisen. Sie kaufen auch Aktien großer Unternehmungen auf, um dann in den Aufsichtsrat Arbeitervertreter zu delegieren und setzen so auf ihre Weise den Einfluß der Arbeiterschaft auf die Produktion durch — ein für deutsche Verhältnisse schwieriger und trotz der Größe der deutschen Gewerkschaften kaum gangbarer Weg.

Die Einfuhr englischer Kohle nach Deutschland nimmt lebhaft zu. Im Februar betrug die Einfuhr nicht weniger als 1 000 097 Tonnen gegenüber 521 854 Tonnen im Januar. In der ersten Märzhälfte kamen allein im Hamburger Hafen 374 673 Tonnen englischer Kohle an. Auch die ersten Ladungen amerikanischer Kohle werden, wie wir hören, in Kürze in Hamburg eintreffen.

Verantwortlich für den redakt. Teil: Victor Schiff, Berlin; für Anzeigen: Th. Glocke, Berlin. Verlag Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 3

Am 2. April verstarb im 64. Jahre mein lieb Mann, mein guter Vater und Schwiegervater, der Former
Emil Zacin.
Um stilles Beileid bittet
Anna Zacin u. Kinder.
Einäsch. Donnerstag, nachm. 4½ i. Krem., Gerichtstr.

Korb- u. Rohrmöbel Eig. Fabrik, stets hervorrag. Neuh. Gr. Auswahl. Billige Preise
Edmund Voß, Bln.-Neukölln
Berliner Str. 14, Nähe Hermannplatz — Tel. Neukölln 2264. Reparat. sämtlich. Korbwaren

Billige Seife!
Oranienburger Haushalt, Kilo 2500 Mark; Kernseife, Kilo 3000 Mark; Toilettenseife 100, 200, 400 M.; Rasierseife 300 M.; Verbandwatte, 100 Gramm 1200 M.; Zahnpasta 150 M.; Hautcreme 90, 150 M.; Lanolin, große Tube 75 M.; Damenbinden, Dutzend 750 und 900 M.; Gummiunterlagen von 1500 M. an; Streichhölzer, Karton 60 M.; Scheuertücher 600 u. 850 M.; Hühneraugenpflaster 25 M. sowie viele andere billige Artikel.
A. Maas & Co.
Markgrafenstr. 84 a. d. Lindenstraße.
Verkauf von 9—6 Uhr.

Einkauf von Brillanten,
Perlen, Smaragde, Platin, Gold- und Silberbruch, sowie Uhren, Ketten u. Ringe.
Schapiro, Neue Königstr. 19a, im Laden.

Platin-, Gold- und Silberbruch
Zahngebisse, Uhren, Ketten, Ringe
sowie sämtl. Altmetalle kauft zu Engrospreisen
M. ZEISKE
Berlin O., Schreinerstr. 32
(Laden)
1 Minute vom Bhf Frankf. Allee
Fahrgeldvergütung
Größtes Absatzgebiet für Händler

Hosen! Hosen!
Arbeitshosen, feldgraue Hosen, Breeches, schwarze u. gestreifte Hosen, Turner- und Fußballhosen kauft man gut u. vorteilhaft in großer Auswahl in der
München-Gladbacher Hosen-Zentrale
NW. 87, Beusselstr. 39
Blauer Laden.
Bauchhosen für beleibte Herren.
Fahrgeldvergütung!

Gold Silber Platin -Bruch
Brillanten
kauft reell zu höchsten Tageskursen
C. Käferle
Uhrmacher - Juwelier
Frankfurter Allee 278

Kleingärtner
Siedler u. Pächter
erhalten in allen vorkommenden Rechtsfragen zuverlässige Auskunft durch den Kommentar von
DR. ED. DAVID
Die Siedlungsgesetzgebung
einschließlich Heimstättengesetz, Kleingarten- und Pachtschutzordnung
Preis-Grundzahl geh. . . M. 1.— brosch. . M. 0,60
Buchhandlg. Vorwärts
Berlin SW 68, Lindenstr. 3

Für 15000 Mark wöchentlich erh. Sie bei 11. Anz. einzelne
Möbel
jeder Art preiswert und gut
Barthel
Fürbriner Str. 34 nah. Bhf. Gesundbr.

Garderobe
auf sehr bequeme Teilzahlung bei geringer Anzahlung
Herren- Anzüge Schlüpfer Ulster
Damen- Mäntel Kostüme Kleider, Röcke
Regenmäntel
Sehr billige Preise!
Gebr. Kassner Bülowstr. 6 am Nollendorfpl.

BÜCHER GESUCHT
Wir sind ständige Abnehmer von antiquarischer, besonders sozialistischer Literatur.
VERLAG DER NEUEN GESELLSCHAFT
W. 15, Sächsische Str. 7 — Pfalzburg 5146

Alte Gebisse auch zerbrochene
pro Zahn 3500, 4000 bis 50 000 Mark
Gold-, Dublee-, Silberbruch kauft zum Tageskurs Zahn-Ankaufsstelle
B. Zymelski, Weißenburger Str. 32

Die schönsten
Strickjacken
aller Art, Strickkleider, Jumper usw.
Bleyle's Kinderkleidung
(diese nur im Hauptgeschäft Bln.-Pankow) hat stets in großer Auswahl u. jed. Preislage
Bruno Richter Fabrikniederlage thür. Wollwaren
Kopenhagener Str. 67 l. a. Bhf. Schönh. Allee
Bln.-Pankow, Breitestr. 36 l.

Zinn
Gold-, Silber-bruch
Quecksilber
Blei, Kupfer, Platin usw.
kauft z. Engrospreise Schwarz, Lange Str. 35
WeißerKeller